

Köln klagt gegen Nachbarkommune

Wie kürzlich zu erfahren war, hat die Stadt Köln Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Baugenehmigung der Stadt Niederkassel für das geplante Container-Terminal in Lülldorf eingereicht.

Hintergrund ist, dass das erstellte Verkehrsgutachten zum Containerterminal zeigt, dass die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Straßensysteme hierdurch überfordert ist (so die Begründung der Stadt Köln im Wirtschaftsausschuss am 21.03.2019).

Dies gilt nicht zuletzt für das Straßennetz auf Kölner Stadtgebiet im Porzer Süden, das jetzt noch deutlich stärker strapaziert werden soll.

Die Klage ist nachvollziehbar und sicherlich richtig.
Es handelt sich aber nur um die „Spitze des Eisbergs“!

Durch permanentes Ausweisen ständig neuer Wohngebiete hat sich die Einwohnerzahl allein in Lülldorf und Ranzel seit den 70er Jahren verdreifacht!

Die hierdurch produzierten Verkehrsmengen werden mangels eigener Lösungen des Rhein-Sieg-Kreises über die völlig verstopften Straßen der Porzer Viertel Zündorf, Libur und Wahn abgeleitet.

Dabei hätte es längst eine einfache Lösung für den dortigen Verkehr gegeben. Die Niederkasseler Umgehungsstraße hätte zwischen den Spicher Seen durch die vorhandene, bisher ungenutzte (!) Bahnunterführung Höhe Belgische Allee auf die B 8 und dann an Auffahrt Lind auf die A 59 geführt werden können (sog. L 274).

Das wurde bis heute zerredet.

Jetzt wird die Kreuzung B 8/Belgische Allee ausgebaut, der Tunnel aktiviert, aber ohne den notwendigen Anschluss an die Umgehungsstraße.

Welch ein Schildbürgerstreich.

Die Klage der Stadt Köln hat für diese aber auch eigene Konsequenzen. Es muss daraus geschlossen werden, dass eine Ausweisung größerer Neubauvorhaben im Porzer Süden ohne vorherige wirksame Verkehrslösungen nicht vertretbar ist!

Hier wurden über 40 Jahre dringend erforderliche Lösung ebenfalls verschlafen wie im Rhein-Sieg-Kreis!

Ein letztes Wort zum Umgang von Nachbarkommunen miteinander:

Die Pläne für den Ausbau des Containerhafens auf dem Evonik-Gelände in Lülldorf sind ja nicht plötzlich „vom Himmel gefallen“.

Welchen Sinn und Zweck hat denn eigentlich die in den letzten Wochen vielzitierte „Metropolregion Rheinland“?

Deren Homepage sagt hierzu „Die vielfältigen Kräfte bündeln und gemeinsam an einem Strang ziehen, um das Rheinland weiterzuentwickeln.“

Wozu braucht man denn einen solchen Verein, wenn die beteiligten Kommunen in so einer wichtigen Frage vor ein Gericht ziehen müssen???

Reiner Lindlahr
Alfons-Kafka-Str. 14 a
51143 Köln
Tel. 02203/84915